Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 33 (1953-1954)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Die *«Initiative zum Schutze der Mieter und Konsumenten»* ist nunmehr mit 203 773 Unterschriften eingereicht worden. Die Zahl der Unterschriften erscheint nicht überwältigend, wenn man bedenkt, daß hinter der Initiative, deren Lancierung der Schweizerische Gewerkschaftsbund an seinem Kongreß vom 12./13. September 1953 in großem Rahmen beschlossen hatte, nicht nur der Gewerkschaftsbund mit seinen über 400 000 Mitgliedern, sondern auch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und der Schweizerische Mieterverband sowie weitere Gruppen stehen. Nachdem verschiedene staatssozialistisch aufgezogene Vorstöße in den letzten Jahren die Zustimmung des Volkes nicht gefunden hatten, und nachdem wenigstens nach der Meinung der Kreise um die Initianten die interventionistische Richtung auch im Bundesbeschluß über die Durchführung einer beschränkten Preiskontrolle vom 9. September 1953 zu kurz gekommen ist, sollte mit dieser Initiative ein neuer Vorstoß eingeleitet werden, der sich würdig an die Reihe früherer grundsätzlicher Vorstöße nach dieser Richtung anzuschließen hätte. Die Gründe, welche dazu geführt haben, daß die Initiative offensichtlich nicht die Zustimmung der erwarteten breiten Kreise des Volkes gefunden hat, mögen einmal darin liegen, daß unter den Hausbesitzern sich viele Leute befinden, die sozial und politisch zwar den Initianten nahestehen, als Hausbesitzer aber kein Interesse haben, daß die Mietpreisbindung auf unabsehbare Zeit verlängert wird, wie es dem Wunsche der Initianten entspricht. Außerdem wohnen von der einen Million Mieter heute doch schon ziemlich viele in Neuwohnungen, die gerade in den neuen Siedlungen am Rand der großen Städte, wo Kleinwohnungen gesucht werden, besonders zahlreich sind. Wenn man nun bedenkt, daß die Neuwohnungen gegenüber den alten in der Regel Preisüberhöhungen von 80—100% aufweisen, so wird es verständlich, daß die Inhaber dieser Neuwohnungen, die meistens zwar mit allem möglichen Komfort eingerichtet sind, aber häufig unter allzu straffer Platzausnützung leiden, kein Interesse haben, daß eine privilegierte Schicht erhalten bleibt, die für oft bequemere Wohnungen nur die Hälfte des Mietzinses bezahlt. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß der interventionistische Gedanke auch in Kreisen der Arbeiterschaft bei uns gar nicht so stark verwurzelt ist wie man oft meint, denn der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter empfindet das Walten der Bürokratie in der Regel als ebenso lästig wie der Großteil der übrigen Stimmbürger.

Nun hat zwar der Schweizerische Gewerkschaftsbund seinerzeit eine sogenannte dringende Empfehlung an den Bundesrat gerichtet, «vor der Volksabstimmung über die Initiative keine Veränderung der Mietzinskontrolle vorzunehmen». Dieser kategorischen Forderung steht indessen der Wortlaut des Bundesbeschlusses vom 9. September 1953 entgegen, wo ausdrücklich bestimmt ist, daß zur Erreichung eines freien, selbsttragenden Wohnungsmarktes die Mietpreiskontrolle der nicht subventionierten Altwohnungen zu lockern sei,

«durch stufenweise generelle Bewilligung von Mietzinserhöhungen ab 1954, wobei Zeitpunkt und Ausmaß der Erhöhung unter Berücksichtigung der Lebenskosten und der Einkommensverhältnisse festzusetzen sind».

Auf Grund einwandfreier Feststellungen wird man sagen können, daß diese Voraussetzung tatsächlich eingetreten ist. So ist seit der Korea-Krise ein Rückgang der Kosten der Lebenshaltung um 1,5—2% festzustellen, während sich in der gleichen Zeit der Reallohn des Arbeiters um 1,7% erhöhte. Dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund fehlt also aus den Erwägungen, die sich aus dem Wortlaut des Bundesbeschlusses ergeben, die Berechtigung zu solchen «kategorischen Forderungen», nachdem offensichtlich die praktischen Voraussetzungen für eine Lockerung heute vorliegen. Endlich aber fehlt dem Gewerkschaftsbund die politische Legitimation auch deswegen, weil die Zahl der Unterschriften unter der Initiative nicht wesentlich ins Gewicht fällt, ganz abgesehen davon, daß diese Erwägung rechtlich ohnehin unerheblich ist.

Jann v. Sprecher

Militärische Umschau

Die militärische Ausbildung im Jahre 1954

Das Jahr 1954 ist ein Normaljahr mit durchschnittlichen Instruktionsdiensten. Das Bestreben, die Einheitlichkeit der Ausbildung weiterhin zu fördern, führt zu folgenden kleinen Neuerungen: die Photographen der Artillerie und der Fliegertruppen werden gemeinsam in Rekrutenschulen der Fliegertruppen in Dübendorf ausgebildet, und die bisher zweiteilige Ausbildung der Motorfahrer- und Trainrekruten der Sanität erfolgt jetzt in einer Gesamtschule von 118 Tagen Dauer, wie dies auch bei anderen Truppengattungen die Regel ist.

Die Feldarmee

Die Feldarmee sieht im zweiten Jahr des laufenden WK-Turnus wiederum drei große Heereseinheitsmanöver vor: Anfang April für die 3. Div. und die Geb. Br. 10, im Oktober für die 4. Div. und die Leichte Brigade 2, und Anfang November für die 6. Div. und die L. Br. 3. An diesen Manöver-WK werden wiederum die Landwehrformationen der Heereseinheiten (namentlich die Motortransportformationen), Korps- und Armeetruppen teilnehmen, sowie die dieses Jahr nicht zum Schießkurs einberufenen 3 Flabregimenter. In den übrigen Heereseinheiten werden die WK in der Regel im Verband des kombinierten Regiments mit Übungen auf Gegenseitigkeit, oder mit Scharfschießen der zugeteilten Artillerie durchgeführt. Drei WK-Gruppen der Fliegertruppen umfassen wiederum fliegende Formationen, Flugplatztruppen, einschließlich Flugplatz-Flab, Übermittlungstruppen und Teile des Fliegerbeobachtungs- und Meldedienstes zur Durchführung gemeinsamer Übungen.

Die Sanitätstruppen bilden Ende Mai—Anfang Juni eine Kursgruppe, die eine Sanitätsabteilung, mehrere Rotkreuzkolonnen, FHD-Sanitätstransportkolonnen, Ter.Sanitätsdetachemente, Armeesanitätsmagazine und die Hilfsdienstpflichtigen einiger Spitalkp. umfaßt, und die gemeinsam mit den beiden Sanitäts-Rekrutenschulen und der Sanitäts-Transportrekrutenschule «blaue Manöver» mit größeren Sanitätsdienstübungen durchführen wird.

Als auffallende *Sparmaßnahme* ist der Ausfall des Kombinierten Schießkurses zu erwähnen. Dieser für Bat.- und Abteilungskommandanten äußerst instruktive, mit seinen kombinierten Schießübungen aber auch sehr kostspielige Kurs soll künftig nur noch alle zwei Jahre, dann aber mit doppelter Teilnehmerzahl, durchgeführt werden. Diese erhöhte Teilnehmerzahl bringt selbstverständlich Nachteile mit sich; man denke nur schon an die Schwierigkeit, das erforderliche Lehrpersonal abzukommandieren.

Grenz-, Festungs- und Reduitbrigaden

Für die genannten Brigaden beginnt ein Dreijahresturnus, der jährlich einen Drittel dieser Verbände zum Ergänzungskurs vorsieht. Drei Brigaden führen dieses Jahr ihren EK geschlossen durch, drei andere in Regimentsgruppen. Eine besondere Lösung ist für eine dieser Brigaden vorgesehen, indem in zwei Kursgruppen je der WK eines Auszugsregiments und der EK eines Landwehrregiments zusammengefaßt werden. Bei einer Brigade wird eine Kursgruppe vom 8. bis 20. März, eine andere dagegen vom 15. bis 27. März einberufen. Die zeitliche Staffelung ist durch die Basler Fasnacht bedingt. Die Basler Truppen rücken erst eine Woche nach den übrigen Truppen dieser Brigade ein. Die militärische Rücksichtnahme auf die Basler Fasnacht geht sogar so weit, daß der im Plakat auf den 8. März angesetzte EK eines HD Ter.San.Det. durch besondere Verfügung des EMD auf den 15. März verschoben wurde. — Da die Luzerner Allmend für eine landwirtschaftliche Ausstellung zur Verfügung gestellt wird, findet auf dem Waffenplatz Luzern keine Sommerrekrutenschule statt. Wer übernimmt die damit verbundenen Mehrkosten?

Modernisiertes Kriegsmaterial und Panzerproblem

Eine Verstärkung unserer militärischen Bereitschaft durch neue Waffen und Geräte liegt erst dann vor, wenn Truppe und Führer ihre Handhabung und ihren wirkungsvollen Einsatz beherrschen. Für die Infanterieregimenter des Auszuges werden aus den Ik.-Zügen der Bataillone 33 motorisierte Panzerabwehrkp. gebildet, die teils mit der 4,7 cm Ik., teils mit der neuen 9 cm Pak. bewaffnet werden und ihren WK als Umschulungskurs bestehen. Auch die motorisierten Pak.-Kp. der Divisionen und der Leichten Regimenter werden im WK auf dieses neue, leistungsfähige Raketengeschütz umgeschult.

Die Ablieferung der Venom-Düsenjäger erlaubt den Fliegertruppen die Umschulung von vier Staffeln und vier Fliegerkp., wobei zum Umschulungskurs der Fliegerkp. auch die Landwehrjahrgänge einberufen werden. Für den Frühwarndienst der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen beginnt in Dübendorf die Ausbildung von Rekruten und Kadern an aus Frankreich bezogenen Radar-Frühwarngeräten.

Die Ablieferung der französischen Leichtpanzer AMX ermöglicht dieses Jahr die Aufstellung von 4 Leichten Panzerabteilungen, deren Mannschaften und Kader in Kursen von 6 Wochen Dauer in Thun umgeschult werden.

Die Frage der Panzerbeschaffung ist jetzt endlich in ihr entscheidendes Stadium getreten. Die Panzerbeschaffungskommission bejaht einmütig die Notwendigkeit der Anschaffung mittlerer Panzer als Begleitwaffe der Infanterie. Eine Vorlage zur Anschaffung einer ersten Serie von Panzern aus dem Rest des seinerzeit im Rüstungsprogramm bewilligten Panzerkredites soll auf die Junisession ausgearbeitet werden.

Der Zentralvorstand der Schweizerischen Offiziersgesellschaft war daher gut beraten, auf den 13. Februar die Präsidenten der kantonalen Sektionen und die Mitglieder der Pressekommission zu einer dem Panzerproblem gewidmeten Tagung einzuberufen. Oberstdivisionär Züblin wies in seinem Vortrag überzeugend nach, daß im Kriegsfall unsere Armee im Mittelland kämpfen müsse. Wir müssen heute eine Armee haben, die der Mehrzahl der Bevölkerung die Besetzung erspart. Um

aber im Mittelland erfolgreich kämpfen zu können, ist die Ausrüstung mit mittleren Panzern eine zwingende Notwendigkeit. Alle Armeen des letzten Krieges sind der Ansicht, daß sie ohne Panzerwagen nicht mehr auskommen. Die Eigenart unseres Landes berechtigt uns nicht, dieser gebieterischen Forderung auszuweichen. Es ist eine gefährliche Illusion, zu glauben, den mit Panzern ausgerüsteten Gegner mit Infanterie und Pak. aufhalten zu können.

Die eindrucksvolle Erklärung des Zentralvorstandes ist in der Tagespresse veröffentlicht worden (vgl. NZZ Nr. 363). Möge sie bei den zuständigen Behörden und im ganzen Lande einen starken Wiederhall finden. Wer könnte die Verantwortung übernehmen, im Kriegsfall unsere Infanterie im Mittellande mit unzureichenden Mitteln dem Gegner entgegenzuschicken? Kostbare Zeit ist vertan worden. «Der Worte sind genug gewechselt, Laßt mich auch endlich Taten sehn!» (Faust).

Miles

Bericht aus Italien

Italien hat in den vergangenen Monaten die gute Betragensnote, die es sich unter der siebenjährigen sichern Führung De Gasperis zu erwerben verstand, weitgehend aufs Spiel gesetzt, wenn nicht gar verscherzt. Aus dem braven Musterknaben ist gleichsam über Nacht ein die ganze europäische Vettern- und Basenschaft verärgernder Sorgenbube geworden, über dessen schlimme Streiche und gefährdete Karriere man sich stirnerunzelnd düstere Kommentare austauscht. Um so düsterere, als die ganze

innenpolitische Misere

derjenigen Frankreichs so ähnelt, daß man beinahe von eineiigen lateinischen Zwillingsschwestern reden darf. Werden die angelsächsischen Kassandren in Rock und Hosen recht behalten, die Italien unaufhaltsam der vollständigen Desintegration und damit zwangsläufig erneut einem Links- oder Rechtsextremismus zusteuern sehen? So viele ähnliche Züge die italienische Lage der Gegenwart auch mit den Jahren nach dem ersten Weltkrieg aufweist, so ist sie doch wieder so verschieden, daß wir an eine solche Zwangsläufigkeit, wenigstens vorläufig, nicht glauben können. Wir Nicht-Romanen müssen uns überhaupt hüten, die Welt allein auf Grund unseres germanisch-angelsächsischen Denkschemas beurteilen zu wollen. Man kann bekanntlich einen Mitmenschen nur dann richtig verstehen, wenn man gleiche oder doch ähnliche Wesenszüge hat. Neben vielen Fehlern und Mängeln haben unsere romanischen Nachbarn, vor allem der italienische, manche innern Qualitäten, die wir im allgemeinen nicht sehen oder doch unterschätzen, womit sie aber in der Lage sind, uns unentwirrbar scheinende Situationen zu meistern. Obwohl der Westen dem kommunistischen Osten dessen rein materialistisches Denken zum Vorwurf macht, überschätzt er in seinem eigenen Bereiche maßlos die Bedeutung der rein wirtschaftlichen Faktoren. Was in Washington, London, Frankfurt und Zürich in diesem Zusammenhange Geltung hat, büßt sie in Paris, Madrid und Rom weitgehend ein. Die vom Völkerbund während des Abessinienkrieges gegen Italien verhängten Wirtschaftssanktionen, um es auf die Knie zu zwingen, hatten genau den gegenteiligen Erfolg. Italien überstand die Probe relativ heil, dafür trieb man Mussolini in die offenen Arme Hitlers und stieß ihn zudem wirtschaftlich auf die Bahn eines Autarkismus, dessen unheilvolle Wirkungen für ganz Europa erst viel später zum Vorschein kamen.

Aus dem gleichen Grunde darf man sich die Gleichung der «terribles sim-

plificateurs»: bessere Wirtschaftslage — bessere innenpolitische Lage nicht unbedingt zu eigen machen. Ganz gewiß wird auf lange Sicht ihre Gültigkeit nicht anzuzweifeln sein, aber die wirtschaftliche Notlage eines großen Teiles der italienischen Bevölkerung ist nur *eine* der vielen Ursachen der kommunistischen Machtstellung. Wäre sie die einzige, so hätten Togliatti und Nenni wegen der steigenden Löhne enorme Stimmeneinbußen zu verzeichnen, während sie in Tat und Wahrheit ihre Stellung nicht nur halten, sondern, wie einige Nachwahlen der letzten Zeit bestätigt haben, eher noch zu verbessern verstanden.

Für die Bevölkerungen der heute tonangebenden Wirtschaftsmächte mag das Lebensprinzip nach dem Spruche aus unserem ersten Lateinjahre Geltung haben:

Et sedet post fornacem
et habet bonam pacem.

Für Italien gilt er nur beschränkt. Der Italiener will nicht nur ruhig und gut leben, er will sich vor allem für etwas *begeistern* und seinem *Geltungsbedürfnis* Ausdruck geben können. Und weil ihm die Möglichkeit hiefür heute weitgehend genommen ist, so wird er zum unerquicklichen Sorgenkind. Weshalb gelang es Mussolini seinerzeit, Togliatti heute, Millionen von Anhängern um sich zu scharen? Weil diese Führer-Verführer die Mentalität ihres Volkes kennen und ihm das bieten oder doch versprechen, wonach es sich neben sozialer Besserstellung sehnt. Die faschistischen Slogans rissen trotz ihrer augenscheinlichen Übertreibungen die Massen mehr mit als die großen Fortschritte auf wirtschaftlichem Gebiete, als der tatsächliche Machtzuwachs während der ersten fünfzehn Jahre der Schwarzhemdherrschaft je vermocht hätte. Aus dem gleichen Grunde versteht es die kommunistische Führung, so große Teile der italienischen Arbeiter für die Größe und Macht Sowjetrußlands zu begeistern. Was bietet der Westen der italienischen Mittelklasse, die ihm nach Kriegsende zugetan war? Die Marshallplan-Hilfe hat ihren Lebensstandard zweifellos gehoben, Italien ist mittlerweile zum gleichberechtigten Partner des Atlantikpaktes und des OECE-Bundes geworden, aber gerade in demjenigen Bereiche, worin sein nationales Ehrgefühl auf dem Spiele steht, in der Triestiner-Frage, ist kein Fortschritt zu verzeichnen. In der brennenden Frage des Bevölkerungsüberschusses, welcher das chronische Übel der 2 Millionen Arbeitslosen zeitigte, versagte die vielgerühmte Solidarität der freien Welt weitgehend. Daneben bleibt dem Einsichtigen nicht verschlossen, wie nicht nur auf dem außenpolitischen Gebiet, sondern auch auf dem technischen die Distanz zwischen seinem Lande und den Vereinigten Staaten, England, Deutschland, immer größer wird. Einzelerfolge in gewissen Sparten, wie z. B. im Filmschaffen, vermögen diesen allgemeinen Eindruck nicht zu verändern.

Muß man sich angesichts dieser Lage wundern, wenn weite Kreise der vernünftig denkenden Mittelklasse für

politischen Extremismus

roter oder schwarzer Farbe anfällig werden, oder ihre Minderwertigkeitskomplexe in maßloser Sportbegeisterung oder faschistischem oder monarchistischem Vergangenheitskult abzureagieren versuchen? Der Schwarzhemd-Memoiren ist kein Ende, und über die ehemalige Königsfamilie wird beinahe mehr geschrieben als zu Zeiten der Monarchie.

Dies scheinen uns «in nuce» die Ursachen des heutigen italienischen Malaise zu sein, das im Ergebnis der letzten Parlamentswahlen vom 7. Juni seinen politischen Ausdruck gefunden hat. Deshalb können wir uns auch von etwaigen Neuwahlen keine Besserung der Lage versprechen, und deshalb stehen wir auch dem Experiment Scelba skeptisch gegenüber. Welches sind neben den bereits erwähnten allgemeinen die spezifischen Gründe zu den beständigen Regierungskrisen?

Wie erinnerlich, ging die demokratische Wahlkoalition aus den Frühsommer-

wahlen sehr knapp siegreich hervor, ohne allerdings die Mehrheitsprämie zu erringen, welche ihr eine parlamentarische Stabilität gewährleistet hätte. Statt nun aber mit vermehrten Kräften zusammenzuhalten, kehrten die Sozialdemokraten unter Saragat, kurz darauf gefolgt von den Liberalen, den Wahlpartnern den Rücken, was den Sturz De Gasperis und das Nichtzustandekommen des Kabinettes Piccioni zur Folge hatte. Durch Anlehnung an die Monarchistenpartei gelang es dann Pella, eine Übergangsregierung zu bilden. Während Saragat, getreu der Tradition seiner Partei, die seit Jahrzehnten ohne festen Boden unter den Füßen im luftleeren Raume zwischen Marxismus und Demokratie hin- und herpendelt, den Wunschträumen einer «apertura a sinistra» (auf deutsch: Kiltgang zu Nenni) nachhing, bildete sich ein labiles Gleichgewicht heraus, das vielleicht noch einige Monate hingehalten hätte, wenn Pella bei seinem «rimpasto ministeriale» (Ersetzung gewisser Minister) kurz vor Jahresende nicht auf den unüberwindlichen Widerstand einiger seiner Parteifreunde der Democrazia Cristiana, der großen demokratischen Mehrheitspartei, gestoßen wäre. Sein Kabinett stürzte nicht wegen eines Mißtrauensvotums, sondern es kam wegen dieser innern Parteikrise zu Fall. Dies verziehen die Monarchisten den Christlichdemokraten nicht, weshalb sie dann dem bestqualifizierten Fanfani bei der Stellung der Vertrauensfrage im Parlament die Gefolgschaft verweigerten. Da auch Saragat damals seine letzten Hoffnungen auf Nennis Herz noch nicht aufgegeben hatte und auch seine Partei gegen die neue Regierung stimmte, kam Fanfani schon nach einer Woche zu Fall.

Jetzt endlich schien die Zeit für eine allgemeine Aschermittwochstimmung im demokratischen Lager gekommen zu sein. Fünf Minuten vor 12 Uhr dürfte man sich nun doch allseitig zur Überzeugung durchgerungen zu haben, daß weitere Extra-Polkas und «combinazioni», weiteres Finassieren unweigerlich eine Situation hätte schaffen können, die derjenigen von 1922 verzweifelt ähnlich gewesen wäre. In Rekordzeit gelang es dem designierten Ministerpräsidenten Scelba, dem langjährigen Innenminister unter De Gasperi, eine Koalitionsregierung von 60 Ministern und Unterstaatssekretären aus der Democrazia Cristiana, den Liberalen und — trau - schau - wem! — den Sozialdemokraten mit Saragat als Vizeministerpräsidenten zu bilden. Die daran nicht beteiligten Republikaner haben ihr ihre Gefolgschaft zugesichert. Unter der Voraussetzung, daß strikte Parteidisziplin geübt wird und nie mehr als zwanzig Abgeordnete oder Senatoren aus dem Regierungslager influenzakrank sind, ist das Kabinett Scelba knapp lebensfähig. Sowohl im monarchistischen und neofaschistischen wie im marxistischen Lager stößt es auf wütende Opposition. Man verzeiht Scelba seine starke Hand der vergangenen Jahre nicht. Daß bei einer so prekären Mehrheit jeder vorzeitige Optimismus ungerechtfertigt ist, liegt auf der Hand. Man kann nur hoffen, daß dieses Experiment gelingt, denn unter den gegebenen Umständen scheint es uns die einzig noch verbleibende Lösung zu sein.

Außenpolitisch

wird Scelba ganz gewiß die Triestiner Frage lösen wollen; man wird sich da auf eine neue Akutisierung der adriatischen Spannung gefaßt machen dürfen. Nachdem die Berliner Konferenz gezeigt hat, daß auch in diesem Punkte mit Rußland keine Verständigung zu erreichen ist, werden nun wohl die Westmächte auf eine rasche Lösung dieses dornigen Problems drängen. Wenn das Kabinett Scelba Bestand hat, wird es auch das Bonner und Pariser Vertragswerk (EVG) ratifizieren lassen.

Auf innenpolitischem Gebiete wird Scelba einen

betont sozialen Kurs

steuern, wie ihn schon seine Vorgänger Pella und Fanfani vorgesehen hatten. Die Steuerschraube dürfte weiter angezogen werden, um die geplanten Investierun-

gen zur Hebung des Lebensstandards der ärmern Kreise zu ermöglichen. Nach jahrelanger Vernachlässigung hat nun Italien auf diesem Gebiete ein Arbeitstempo eingeschlagen, das von keinem andern Lande Europas übertroffen wird. Das bereits Erreichte, das in Ausführung Begriffene und das Geplante haben grandiosen Charakter und verdienten eine separate Würdigung auf breiterem Raume.

Wir beschließen unsere Ausführungen mit einigen

Kurzmeldungen aus dem Wirtschaftsgebiete:

Der Außenhandel Italiens im vergangenen Jahre schließt etwas günstiger als im Jahre 1952 ab: der Export hob sich von 868 auf 930 Mrd. Lire, während die Einfuhr mit 1487 nur unwesentlich höher als im Vorjahre war. Das Defizit hat sich von fast 600 Mrd. auf 557 Mrd. Lire gesenkt. Durch andere Deviseneinnahmen, vor allem aus dem Tourismus, den Auswandererüberweisungen und dem Frachterlös, wird dieser Passivsaldo weitgehend korrigiert, rechnet man doch für das vergangene Jahr mit einem Zahlungsbilanzdefizit von bloß ca. 130 Mrd. Lire. Interessant ist vor allem die *Verbesserung der Dollar-Bilanz,* während die Epu-Verschuldung Italiens weiterhin im Anwachsen begriffen ist, wenn auch etwas weniger stark als vor einigen Monaten. Zwei auch im Ausland bestbekannte Lichtblicke im italienischen Exportgeschäft sind die wachsenden Ausfuhrzahlen der *Autos und Filme.* Mit «Hollywood am Tiber» überschreibt der «Standpunkt» einen interessanten Artikel, woraus hervorgeht, daß Italien im Vorjahre 159 Spiel-, 400 Dokumentar- und 370 Wochenschau-Filme produzierte, wovon die meisten auch im Auslande verkauft wurden.

Weniger erfreulich ist der *Staatsvoranschlag,* der bei 2071 Mrd. Einnahmen und 2433 Mrd. Ausgaben ein Defizit von 362 Mrd. Lire vorsieht, das immerhin gegenüber der Vergangenheit eine nicht unwesentliche Verbesserung bedeutet.

Die Ausgaben der *ca. 6½ Millionen Fremden,* die Italien im Vorjahre besucht haben, werden auf ungefähr 190 Mrd. Lire geschätzt. Alles deutet darauf hin, daß der diesjährige Ertrag nicht kleiner sein wird.

Peregrinus

Ideale Bestrebungen können ohne gleichlaufende Wirkungen materieller, ökonomischer Natur sich in der Welt nicht verwirklichen. Ebensogleich sind die ökonomischen Kräfte und die Überzeugung vom wirtschaftlich Nützlichen für sich allein ausschlaggebend.

Max Huber